



Richtlinien betreffend Teilzeitpfarrstellen in Kirchgemeinden

vom 8. Februar 1995 (Stand am 17. Februar 2005)

Der Synodalrat beschliesst:

Art. 1 Voraussetzungen; Grundlagen

¹ Für die Aufteilung staatlich besoldeter Pfarrstellen gelten die Vorschriften der Kirchendirektion.

² Bei der Errichtung von teilzeitlichen kircheneigenen Pfarrstellen im Kanton Bern oder bei der Teilung bestehender solcher Stellen gelten die nachstehenden Richtlinien.

Art. 2 Voraussetzungen; Bedingungen

¹ Kirchgemeinden mit einem Einzelpfarramt dürfen höchstens mit zwei Pfarrern oder Pfarrerinnen besetzt werden.

² Bei Kirchgemeinden mit mehreren Pfarrstellen darf bei Stellenteilung die Zahl angestellter Pfarrerinnen und Pfarrer höchstens doppelt so hoch sein, wie es bewilligte 100 %-Stellen gibt.

³ Der Beschäftigungsgrad soll nicht weniger als 30 % betragen.

⁴ Teilzeitbeschäftigte Pfarrerinnen und Pfarrer legen gegenüber dem Kirchgemeinderat ihre weiteren Haupt- und Nebenbeschäftigungen offen.

Art. 3 Vorgehen

¹ Für die Schaffung von Teilzeitstellen bedarf es eines Beschlusses der Kirchgemeindeversammlung.

² Zur Bewilligung von Teilzeitpfarrstellen im Kanton Bern sind zuständig:

- bei kircheneigenen Pfarrstellen: der Synodalrat
- bei staatlich besoldeten Pfarrstellen: die zuständige Stelle der Justiz-Gemeinde- und Kirchendirektion.

³ Der Kirchgemeinderat richtet das Gesuch an den Synodalrat oder an den Beauftragten für kirchliche Angelegenheiten der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion.

Art. 4 Besoldung kirchgemeindeeigener Pfarrstellen

¹ Die Kirchgemeinde richtet die Besoldung gemäss dem Beschäftigungsgrad im Verhältnis zu einem Vollamt aus.

² Grundlage bildet die Besoldung eines staatlich bezahlten Pfarrers oder einer staatlich besoldeten Pfarrerin.

Art. 5 Versicherung

Der Beitritt zu einer Pensionskasse ist obligatorisch. Die Grundlage bildet das Reglement über Mitgliedschaft und Leistungen der bernischen Pensionskasse, welche auch Auskunft gibt.

Art. 6 Residenz

¹ Es wird den Kirchgemeinden empfohlen, zu verlangen, dass die teilzeitlich tätige Pfarrerin oder der teilzeitlich tätige Pfarrer in der Kirchgemeinde Wohnsitz nimmt.

² Für eine Dienstwohnung hat die Pfarrerin oder der Pfarrer eine entsprechende Dienstwohnungsentschädigung zu entrichten. Der Unterhalt der Amtsräume geht zu Lasten der Kirchgemeinde. Bei Teilzeitstellen besteht kein Anspruch auf eine Dienstwohnung. Die Kirchgemeinde ist verpflichtet, Diensträume nach Massgabe des Beschäftigungsgrades zur Verfügung zu stellen oder zu entschädigen (2 Räume für eine Vollzeitstelle).

³ aufgehoben.

Art. 7 Eingliederung in die Kirchgemeinden

¹ aufgehoben.

² Innerhalb Kirchgemeinderat, Pfarrkollegium und Arbeitsgruppen hat die Teilzeitpfarrerin und der Teilzeitpfarrer dieselben Rechte und Pflichten wie ihre vollzeitlich tätigen Kolleginnen und Kollegen.

³ Bei der Arbeitszuteilung besteht die Möglichkeit, Gemeindeteile oder Arbeitsgebiete zuzuweisen. Die getroffene Lösung, wie sie von der Kirchgemeindeversammlung beschlossen wird, ist in einem Pflichtenheft niederzulegen, das auch die Fragen der Präsenz regelt. Die Kirchgemeinde ist in geeigneter Weise darüber zu informieren.

Art. 8 Übergangs- und Schlussbestimmungen

¹ Art. 6 Abs. 2, Sätze 1 und 2, gilt ab Inkrafttreten des teilrevidierten Kirchengesetzes (Teilrevision 1994/1995).

² Art. 6 Abs. 3 fällt nach Inkrafttreten des teilrevidierten Kirchengesetzes ausser Kraft (Wegfallen der Gemeindezulagen).

³ Die Richtlinien betreffend die Teilzeitstellen in Kirchgemeinden vom 30. April 1986 sind aufgehoben.

Bern, 8. Februar 1995

NAMENS DES SYNODALRATES

Der Präsident: *Heinz Flügel*

Der Kirchenschreiber: *Bernhard Linder*

Änderungen

- Am 16. Februar 2005 (Beschluss des Synodalrates):
geändert in den Art. 6 Abs. 3 und Art. 7 Abs. 1.
Inkrafttreten: 17. Februar 2005.